

JAHRESRÜCKBLICK

Ein turbulentes Jahr für die Polizei in Baden-Württemberg

Gundram Lottmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Jahr 2023 neigt sich dem Ende zu und ich möchte auf ein paar besondere Ereignisse eingehen, die unsere gewerkschaftliche Arbeit geprägt haben.

Sicherheitsgipfel nach Silvesterübergriffen

Nach diesen Gewalttaten zum Jahreswechsel 2022/2023 lud das Innenministerium unter der Leitung von Innenminister Thomas Strobl zu einem Sicherheitsgipfel ein.

Rund 40 Vertreterinnen und Vertreter von Polizei, Rettungsorganisationen, Feuerwehr und Gewerkschaften sowie von Kommunen und Landkreisen folgten dieser Einladung.

Der Austausch der Praktiker war konstruktiv und man spürte eine starke Ge- und Entschlossenheit.

Ausfluss von diesem Sicherheitsgipfel ist die Erweiterung des § 80 a LBG (Erfüllungsübernahme nach Schmerzensgeldforderung) auf schuldunfähige Täter nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

Dies wurde von der GdP vehement gefordert und stieß auf Gehör.

Hass und Hetze – sind keine Meinung

Unter diesem Motto stand das Jahr 2023 für die GdP in Baden-Württemberg.

Nicht nur das gesellschaftliche Klima wird rauer, auch die Verrohung und Spaltung der Gesellschaft sind deutlich spürbar. Die Fallzahlen der Gewalttaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind im Jahr 2022 um 8,3 Prozent auf 5.467 Straftaten angestiegen und markieren einen neuen Höchstwert. Das Jahr 2023 wird diesen Anstieg nicht stoppen und es wird ein neuer Höchstwert der Fallzahlen erwartet.



V. l. n. r.: Thomas Mohr, stellv. Landesvorsitzender, Dr. Stefanie Hinz, Landespolizeipräsidentin, Jochen Kopelke, GdP-Bundesvorsitzender, Thomas Strobl, Innenminister, Gundram Lottmann, GdP-Landesvorsitzender, Annette Herling, Landeskassiererin, Jonas Witzgall, Landesjugendvorsitzender.

Höhepunkte unserer Veranstaltungen waren der Polizeitag in Stuttgart und eine zweitägige Ausfahrt unserer Landesfrauen-gruppe nach Dachau.

Gerichtsverfahren gegen den Inspekteur der Polizei

Der Gerichtsprozess gegen den Inspekteur der Polizei wegen des Vorwurfes der sexuellen Nötigung endete mit einem Freispruch.

Im Laufe des Strafprozesses wurden jedoch viele Facetten der Person des Inspektors der Polizei ans Tageslicht gebracht, die den Ruf und das Ansehen der Polizei Baden-Württemberg bundesweit massiv beschädigt haben. Die Verknüpfung von privaten Vorlieben mit dem Amt des Inspektors der Polizei haben zu einem Vertrauensverlust seiner Person und die Wertediskussion innerhalb der Polizei ad absurdum geführt. Durch das Verhalten des Inspektors der Polizei ist nicht nur die Basis der Polizei betroffen und enttäuscht, sondern auch die Führungskräfte. Gerade wie man mit diesem Thema in der Polizei umgeht, beschäftigt viele. Der Ansehensverlust in die Person und das Amt des Inspektors der Polizei ist immens groß. Man

darf jedoch nicht die gesamte Führung der Polizei wegen des Fehlverhaltens eines Einzelnen an den Pranger stellen. Der amtierende Inspekteur hat das Ansehen jeder einzelnen Polizistin und jedes einzelnen Polizisten in Baden-Württemberg nachhaltig beschädigt. Ein möglicher Nachfolger wird daher mehr zerschlagenes Porzellan wegräumen müssen, als sich um seine Aufgaben kümmern können. Darum forderte die GdP, das Amt des Inspektors nicht mehr neu zu besetzen. Dieser Forderung kam das Innenministerium nach und änderte die Zuständigkeiten innerhalb des Landespolizeipräsidiums.

Eritrea-Ausschreitungen Stuttgart

Nach massiven Ausschreitungen am Rande einer Eritrea-Veranstaltung Mitte September in Stuttgart hat ein wütender, gewaltbereiter und bewaffneter Mob 31 Polizeibeamte verletzt. Zwei Tage nach diesen Übergriffen trafen sich Vertreter der GdP mit dem Innenminister Thomas Strobl und der Landespolizeipräsidentin Frau Dr. Stefanie Hinz zum Informationsaustausch. Hier wurde von unserem obersten Dienstherrn klar zum Ausdruck gebracht:



„Wir schützen die, die uns schützen.“

Viele Termine, Treffen, Schulungen, Einladungen und Workshops rundeten das gewerkschaftliche Jahr ab und wir berichteten in unseren Medien darüber. Die Arbeitsbelastung hat nochmals zugenommen und viele von uns kommen aus dem „roten Bereich“ nicht mehr heraus. Die weltpolitische Lage wirkt sich auf die Arbeit der Polizei vor Ort direkt aus und die Zahl der Überstunden wächst und wächst.

Trotzdem haben wir bis Anfang Dezember noch immer kein Angebot der Arbeitgeber im Rahmen unserer Tarifverhandlungen. Sieht so Wertschätzung aus? Macht man den öffentlichen Dienst so attraktiv für unseren Nachwuchs?

Besinnliche Gedanken sehen anders aus. Deshalb werden wir zum Jahresende all unsere Kraft und Energie für einen vernünftigen Tarifabschluss einsetzen.

IHR habt es verdient!!!

Ich wünsche euch und euren Familien eine ruhige und besinnliche sowie friedvolle Weihnacht. Für das neue Jahr 2024 hoffe ich für uns alle, dass es besser wird und uns allen Kraft, Glück, Zuversicht und vor allem Gesundheit bringt. Allen, die an den Feiertagen arbeiten müssen, wünsche ich einen ruhigen Dienst, passt auf euch auf und kommt alle gesund nach Hause.

**Euer Gundram Lottmann,
Landesvorsitzender**

LANDESVORSTANDSITZUNG

Die Richtung stimmt

So lautet das Fazit der Sitzung des Landesvorstandes, welche am 26. Oktober 2023 in Karlsruhe stattfand. Gastgeber war die BBBank, die dem Landesvorstand optimale Rahmenbedingungen zur Verfügung stellte.

Uli Müller



Im Rahmen der Begrüßung betonte die Landesdirektorin der BBBank, Petra Hasebrink, die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der GdP BW. Sie skizzierte in ihrem Vortrag eindrucksvoll die Vorteile, welche die Mitglieder der GdP BW durch die Kooperation mit der BBBank genießen, insbesondere im Bereich des Kreditwesens. Auch das soziale Engagement der BBBank beeindruckte die Mitglieder des Landesvorstandes. Die Wurzeln der BBBank als Genossenschaftsbank waren im Vortrag von Frau Hasebrink deutlich zu spüren, auch wenn die BBBank in der Zwischenzeit den Status „systemrelevant“ einnimmt.

Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Wolfgang Theisz wurde eine Gedenkminute eingelegt. Wolfgang war am 4. Septem-

ber 2023 drei Tage vor seinem 64. Geburtstag verstorben. In seiner aktiven Zeit war Wolfgang lange Jahre in verschiedenen Funktionen der GdP tätig, unter anderem im Landeskontrollausschuss. Die GdP BW wird Wolfgang ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Personalbestand der GdP BW auf der Geschäftsstelle konnte erfreulicherweise durch die Einstellung von Christine Till komplettiert werden. Christine Till ist innerhalb der GdP BW keine Unbekannte, hatte sie doch bereits in der Vergangenheit auf der Geschäftsstelle eine verantwortliche Position inne. Der Landesvorsitzende ließ es sich deshalb nicht nehmen, Christine Till im Rahmen der Landesvorstandssitzung persönlich willkommen zu heißen und dem Gremium vorzustellen.

Schwerpunkt der Landesvorstandssitzung bildete unter anderem die Genehmigung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2024.

Durch verschiedenste Optimierungs- und Priorisierungsmaßnahmen und einer disziplinierten Haushaltsführung ist es dem Geschäftsführenden Landesvorstand gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt 2023 und einen bedarfsgerechten Haushaltsentwurf 2024 zu präsentieren und dies ohne Qualitätsverlust. Die Mitglieder des Landesvorstandes zeigten sich angesichts der vorgelegten Zahlen sehr beeindruckt und stimmten dem Haushaltsentwurf einstimmig zu.

Erfreulich ist auch die positive Entwicklung im Bereich der Seniorenarbeit rund um den Landesvorsitzenden der Senioren, Martin Zerrinius, welche auf eindrucksvolle Weise durch seinen Stellvertreter Alois Niecholot dargelegt wurde. Dadurch unterstreicht auch die GdP BW die Bedeutung der Senioren in der GdP BW.

Der Landesvorsitzende betonte darüber hinaus die Wichtigkeit, die aktuell sehr motivierte und erfolgreiche JUNGE GRUPPE weiterhin intensiv zu unterstützen.

Im Anschluss nutzte der Vorsitzende der GdP BW, Gundram Lottmann, die Landesvorstandssitzung dazu, ein Stimmungsbild einzuholen. In einer emotionalen, aber sehr sachlichen Diskussion wurden verschiedenste Vorschläge dem GLV unterbreitet, wie die GdP BW sich noch optimaler aufstellen kann. Die Vorschläge wurden vom Landesvorsitzenden sehr gerne aufgenommen und werden innerhalb des Geschäftsführenden Landesvorstandes aufgearbeitet. Insgesamt attestierte der Landesvorstand dem Landesvorsitzenden und seinem Team, dass die von Sachlichkeit und Fachlichkeit geprägte Richtung stimmt.

Am Ende konnte der Landesvorsitzende mit einem guten Gefühl die Kolleginnen und Kollegen mit ein paar persönlichen Worten und mit dem Dank an die Verhandlungsleitung verabschieden. ■



Foto: GdP-BW (TM)

KINDER- UND JUGENDFREIZEIT

Kein GdP-Camp mehr am Bodensee

Insgesamt 27-mal organisierte die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg, die Kinder- und Jugendfreizeit am Bodensee. Zweimal konnte es wegen der Coronapandemie nicht stattfinden. Aufgrund einer Kostenexplosion für die Anmietung entschied der Geschäftsführende Landesvorstand, künftig kein GdP-Camp am Bodensee zu organisieren.

Redaktion (TM)

Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 14 Jahren konnten eine Woche lang ihren Spaß im GdP-Camp haben. Für rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

(etwa 3.240 waren das in den vergangenen 27 Jahren), freuten sich immer auf die beliebte Veranstaltung. Nun hat der Vermieter (DGB) die Preise an die wirtschaftliche Situation des Camps angepasst, um selbst das in die Jahre gekommene Camp zu unterhalten. Aus Sicht des DGB eine nachvollziehbare Maßnahme. Um als GdP die

Kinder- u. Jugendfreizeit mit der gewohnten Qualität weiter zu organisieren, müssten die Kosten auf die Teilnehmer umgelegt werden.

Es fiel uns sehr schwer, diese Entscheidung zu treffen, aber ein Kosten-Nutzen-Vergleich ließ leider keine andere Entscheidung zu. ■

SCHULUNG FÜR VERTRAUENSLEUTE UND SENIORENBEAUFTRAGTE

LBV Baden-Württemberg gibt Einblicke

Mit einer Übersicht über die Arbeitsabläufe und die Kennzahlen des Landesamtes für Besoldung und Versorgung (LBV) wurden die elf GdP-Schulungsteilnehmer aus dem gesamten Land in die Bereiche Beihilfe, Vorsorge, Unfallfürsorge, Pflege und Änderungen im Todesfall durch den zuständigen Abteilungsleiter, Herrn Frank Bauer, und die zuständige Referatsleiterin, Frau Elke Busch, in die Schulung zum Thema Beihilfe, Vorsorgevollmacht und Abrechnungen eingestimmt.

Martin Zerrinius

Im Jahr 2022 war die Beihilfestelle für rund 347.500 Beihilfeberechtigte zuständig, bei ihr gingen ca. 1,84 Mio. Beihilfeanträge mit 10,32 Mio. Belegen ein. Durchschnittlich 5,62 Belege umfassen einen Antrag. Etwa 1,73 Mio. Beihilfebescheide mit einem Gesamtvolumen von 2,79 Mrd. Euro wurden erlassen. Das Antragsvolumen je Bescheid lag

bei 1.616 Euro, bei einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von 14,34 Tagen.

Die Zahl der Anträge nimmt immer mehr zu. Auch beim LBV gab und gibt es Personalengpässe, an deren Verbesserung gearbeitet wird. Die aktuelle Pensionierungswelle bei der Polizei trifft auf einen konstanten Personalkörper beim LBV, die restlichen Beamtinnen und Beamten der Babyboomer-Generation, die den Begriff Work-Life-Balance zu Beginn ihrer Ausbildung nicht kannten, folgen noch.

Zur Bewältigung der Arbeiten wurde im Jahr 2018 das Abrechnungssystem namens „BABSYS“, eine KI-Technologie, bereits eingeführt. Die Anträge werden nicht mehr manuell erfasst, sondern maschinell ausgelesen und geprüft.

Im ersten Schritt werden die manuell eingereichten Beihilfeanträge digitalisiert, d. h., die Antrags- und Rechnungsdaten, die in der Vergangenheit manuell von den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern eingegeben wurden, werden maschinell ausgelesen



und einem elektronischen System zur Weiterverarbeitung übergeben. Im zweiten Schritt nimmt das Prüfsystem eine Vorprüfung der Daten mit den eingereichten Rechnungen und Belegen vor. Im Abrechnungssystem erfolgen als dritter Schritt die Festsetzung und Auszahlung der Beihilfe. Deshalb ist es sehr wichtig, dass schriftlich eingereichte Unterlagen nicht geklammert werden. Auch eine Arbeiterleichterung für das LBV ist es, Ärzterechnungen, Fahrtkosten, Heilpraktikerkosten und Rezepte zu sortieren, da bei manchen Rechnungen wie Heilpraktikerkosten oder Fahrtkosten eine manuelle Prüfung notwendig ist. Eingereichte Anträge auf Papier benötigen allein bis zu drei Tagen, bis die digitale Eingabe und Prüfung abgeschlossen sind.

Schneller geht die Bearbeitung im Online-Verfahren über das Kundenportal oder über die Beihilfe-App. Mit der Beihilfe-App können Rezepte, Ärzterechnungen und alle anderen Belege fotografiert und hochgeladen werden. Zur Verwendung der App wird ein Zugang zum Kundenportal des LBV <https://lbv.landbw.de/service/beihilfe-app> benötigt.

Erschwert wird die Arbeit der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter bei doppeltem Eingang von Anträgen oder meist mehrfachen Anfragen zu den Bearbeitungszeiten. Zu allgemeinen Anfragen gibt es auf der



Homepage des LBV allgemeine Antworten. Für alle Teilnehmer neu war auch die Mitteilung, dass Leistungen nach einem Dienstunfall auch im Ruhestand über die Dienststelle bei der Unfallfürsorge einzureichen sind, einer anderen Abteilung des LBV.

Ein weiteres Thema waren die Vollmachten über den Tod hinaus und die Vorsorgevollmacht. Dieser Punkt ist für alle aktiven Beamtinnen und Beamten sowie für alle Versorgungsempfängerinnen und -empfänger wichtig. Ohne die Vorlage einer Vollmacht kann in Notfällen, wenn zum Beispiel die beihilfeberechtigte Person sich im Koma befindet, nichts unternommen bzw. bearbeitet werden. Es wird daher dringend empfohlen, eine Vertrauensperson zu bevollmächtigen. Die Vollmacht kann beim LVB hinterlegt werden.

Mit der BVO-Änderung zum 1. April 2014 wurde klargestellt, dass der Beihilfeanspruch vererblich ist. Jedoch muss unterschieden werden zwischen Aufwendungen, die bis zum Tode des Beihilfeberechtig-



Fotos (2): GdP-Senioren (MZ)

ten entstanden sind (z. B. Krankenhausrechnung) und Aufwendungen, die aus Anlass des Todes des Beihilfeberechtigten entstanden sind (z. B. Bestattungskosten, Todesfeststellung, Beerdigungskosten). Klargestellt wurde auch, was den Wenigsten bekannt war, dass beim Tod eines Beihilfeberechtigten die Beihilfeberechtigung auf den Ehepartner übergeht und damit die 20.000-Euro-Grenze entfällt.

Auch das Thema häusliche und stationäre Pflege stand auf der Agenda. Nähere Informationen zur häuslichen, teil- und vollstationären Pflege gibt es direkt auf der Homepage des LBV: <https://lbv.landbw.de/beamte-und-richter/beihilfe>.

Über die einzelnen Themen werden die Landessenioren der GdP in einem Mehrteiler in GdP-Digital berichten.

Ein ganz besonderer Dank gilt nochmals den beiden Referenten des Tages, Frau Elke Busch und Herrn Frank Bauer, die sachkundig und verständlich die schwierigen Materien erörterten. ■

GdP VOR ORT

Besuch der Axon Tech Summit

Die polizeiliche Arbeit steht derzeit vor vielschichtigen Herausforderungen. Nicht zuletzt aufgrund einer hohen Arbeitslast bei geringer Personalverfügbarkeit rücken der Bedarf an technischer Neuausstattung und Fragen zum sicheren Umgang mit exponentiell zunehmenden Datenmengen aus unterschiedlichen Quellen verstärkt in den Fokus. Zugleich sieht sich die Polizei mit dem Phänomen wachsender Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten konfrontiert.

Uli Müller

Dabei stehen moderne Hard- und Softwarelösungen bereit, um die Effizienz zu steigern, Entlastung in der täglichen Arbeit zu schaffen und die Sicherheit der Einsatzkräfte zu erhöhen. Als Weltmarktführer für vernetzte Sicherheitstechnologie treibt Axon diesen Modernisierungsprozess durch intelligente Einsatzmittel und innovative Technologien voran. Von dieser rasanten Entwicklung konnten sich das Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes, Uli Müller, und der Vertreter des Bundesfach-



Fotos (3): GdP BW (UM)

ausschusses Bereitschaftspolizei, Dirk Müller, bei der Axon Tech Summit überzeugen, welche am 8. November 2023 in Frankfurt stattfand.

Vor allem die Weiterentwicklung des Distanzelektroimpulsgeräts „TASER 10“ fand

insgesamt bei den Teilnehmern ein hohes Interesse.

Was in der vernetzten Sicherheitstechnologie inzwischen möglich ist, versetzte auch manchen Teilnehmer in Erstaunen. Am Ende zogen die Teilnehmer das Fazit,

dass die Polizei insgesamt noch viel „Luft nach oben“ hat. Die GdP BW wird sich weiterhin dafür starkmachen, dass die Polizei in Baden-Württemberg auch in diesem Feld einen wesentlichen Schritt nach vorn macht. ■

BEZIRKSGRUPPE PP HEILBRONN

Elf Jubilare für Treue zur GdP geehrt

Am 23. Oktober 2023 führte die Bezirksgruppe Heilbronn in der Finanzamtskantine in Heilbronn (neben dem Polizeipräsidium) die diesjährige Jahreshauptversammlung durch. Mit über 50 Teilnehmern war der Saal erfreulicherweise gut gefüllt.

Jürgen Heinrich

Nach der Begrüßung durch den BG-Vorsitzenden Jürgen Heinrich sprach der zu Jahresanfang ins Amt eingesetzte Polizeipräsident Frank Spitzmüller ein Grußwort, wobei er auf die aktuellen Themen wie z. B. die Personalsituation einging.

Bei den ergänzenden Vorstandswahlen wurde Silke Broßmann zur 2. Kassenprüferin gewählt. Insgesamt elf Jubilare wurden für ihre langjährige Mitgliedschaft in der GdP vom BG-Vorsitzenden Jürgen Heinrich und auch dem Landesvorsitzenden Gundram Lottmann geehrt.

Nach einem Vortrag zum Thema Beihilfe stellte unser Landesvorsitzender die gewerkschaftspolitische Lage wie auch die Bemühungen der GdP um Verbesserungen ausführlich und fundiert dar.

Ich danke allen Teilnehmern sowie den GdP-Vorstandskollegen, die bei dieser Veranstaltung unterstützt haben. ■



Foto: GdP Heilbronn

Gruppenfoto mit den geehrten GdP-Mitgliedern



TV-L – TARIFVERTRAG FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST DER LÄNDER

Mittendrin, statt nur dabei

Die Tarifverhandlungen TV-L 2023 in Potsdam gehen in die heiße Phase. Am 7. Dezember 2023 findet in Potsdam die dritte Verhandlungsrunde statt. Bislang gaben die Arbeitgeber kein Angebot ab (Sachstand Redaktionsschluss). Damit signalisierten sie auch die Wertschätzung, die sie für den öffentlichen Dienst haben. Bei den Verhandlungen in Potsdam sind Annette Herling (GLV BW) und Patrick Metz (BG HfPol AUT Biberach), beide Mitglieder in der GdP-Tarifkommission Bund, dabei.

Redaktion (TM)

Die zweite Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder ist ohne Angebot der Arbeitgeberseite beendet worden. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert das Verhalten der Arbeitgeber als unhaltbar. GdP-Tarifexperte und stellvertretender Bundesvorsitzender René Klemmer äußerte sich nach den Gesprächen am 3. November 2023 in Potsdam empört: „Die weltfremde Argumentation der Arbeitgeberseite ist ernüchternd.“

Klemmer unterstrich: „Die Hoffnung der Gewerkschaften aus der Auftaktrunde Ende Oktober, dass konstruktive Gespräche auch zu ernst zu nehmenden Verhandlungen führen würden, hat sich nicht bestätigt.“ Die Blockadehaltung der Arbeitgeber unter der Leitung von Hamburgs Finanzsenator Dr. Andreas Dressel zu allen Themen sei unverständlich und nicht zu akzeptieren, so der Gewerkschafter. Wertschätzung und Anerkennung der Leistungen der Tarifbeschäftigten in den Ländern sähen anders aus. Unseren Kolleginnen und Kollegen stehe das Wasser bis zum Hals, sagte Klemmer.

Die Rituale der letzten Jahrzehnte bleiben trotz neuer Verhandlungsführung erhalten. Ein Armutszeugnis, mahnt das für Tarifpolitik zuständige Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes: „Wir haben ein konkretes Angebot erwartet und nichts bekommen.“ Den Gewerkschaften bleibe nach diesen Tarifgesprächen



V. l.: Martin Metz und Annette Herling übermitteln die Erwartungen für die Tarifverhandlungen der Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg gegenüber dem GdP-Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke.



nichts anderes übrig als den Druck auf den Straßen zu erhöhen.

Die nächste und dritte Tarifrunde findet am 7. und 8. Dezember in Potsdam statt.

Vor dem Verhandlungsort brachten am Donnerstag mehrere Hundert Demonstrierende ihre Forderungen lautstark zum Ausdruck. Die Gewerkschaften fordern 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro, bei einer Laufzeit von 12 Monaten für die Tarifbeschäftigten in den Ländern. Für die Auszubildenden möchten die Gewerkschaften 200 Euro sowie die unbefristete Übernahme in Vollzeit direkt nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung durchsetzen. Für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger fordert die GdP die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung.

Wir haben viele Anfragen, wie der genaue Sachstand ist. Darum hier ein Ablauf für die Tarifrunde TV-Länder 2023.

Tarifrunde TV-L 2023

5. Oktober 2023 Pressemeldung

Die Gewerkschaften geben bekannt, am 11. Oktober ihre Forderungen zur Tarifrunde TV-L 2023 zu veröffentlichen.

Als Termine für die Verhandlungsrunden werden festgelegt:

1. 26. Oktober
2. 2. und 3. November
3. 7. bis 9. Dezember

11. Oktober 2023 Die Gewerkschaften geben die Forderungen zur Tarifrunde bekannt

- +10,5 %, mindestens 500 €
- Auszubildende + Praktikanten: +200 €
- Zulage für Beschäftigte in Berlin, Hamburg und Bremen: 300 € Auszubildende und Praktikanten +150 €
- Laufzeit: 12 Monate

Die Arbeitgeberseite, vertreten durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), betrachtet die geforderte Entgelterhöhung als dauerhaft nicht finanzierbar und erwartet äußerst schwierige Verhandlungen.

26. Oktober 2023 Keine Vorlage eines Angebots

Nach der ersten Verhandlungsrunde zeigt sich die Gewerkschaftsseite enttäuscht und fordert die Arbeitgeber auf, im Rahmen der zweiten Verhandlungsrunde am 2. und 3. November ein Angebot vorzulegen.

2. November 2023 GdP erhöht den Druck

Durch Warnstreiks begleitet die GdP die zweite Verhandlungsrunde, die heute beginnen.

3. November 2023 Kein Angebot der Arbeitgeber

Die zweite Verhandlungsrunde endet ergebnislos, die Gewerkschaftsseite kündigt für die nächsten Wochen Warnstreiks an. Seitens der Arbeitgeberseite wurde weiterhin kein Angebot vorgelegt.

5. November 2023 Tarifeinigung vor Weihnachten möglich?

Andreas Dressel, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), teilt mit, die TdL strebe eine Tarifeinigung noch vor Weihnachten an und habe der Gewerkschaftsseite bereits die Übernahme der „Struktur des TVöD-Abschlusses und ein Volumen deutlich oberhalb des letzten TV-L-Tarifergebnisses angeboten“. Wie das Angebot konkret ausgesehen haben soll, verrät Andreas Dressel jedoch nicht.

7. Dezember 2023 Aufruf zum bundesweiten Warnstreik am Verhandlungsort in Potsdam.

Die GdP fordert all ihre Mitglieder auf, sich am zweitägigen Warnstreik zu beteiligen. Wir werden den Druck vor Ort erhöhen und um unsere Forderungen vor Ort kämpfen.

Nun vertrauen wir darauf, dass in Potsdam ein ordentlicher Abschluss zustande kommt in Anlehnung an den Abschluss beim Bund und Kommunen. Eine 1:1-Übernahme des Abschlusses für die Beamtinnen und Beamten wie auch der Pensionäre bleibt eine Kernforderung der GdP.

DP – Deutsche Polizei
Baden-Württemberg

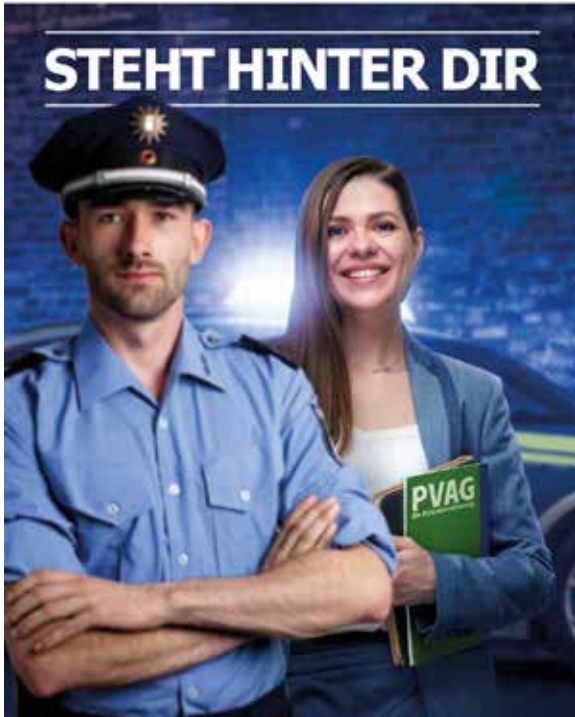
Geschäftsstelle
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (07042) 879-0
Telefax (07042) 879-211
info@gdp-bw.de
www.gdp-bw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Daniel Abel (V.i.S.d.P.)
Maybachstraße 2
71735 Eberdingen
redaktion@gdp-bw.de

Redaktionsschluss
Zuschriften für das Landesjournal Baden-Württemberg können an redaktion@gdp-bw.de gesendet werden. Die Texte bitte unformatiert und Bilder separat im Anhang übersenden. Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe ist der 2. Dezember 2023.

Gemeinsam stark für Sicherheit und Vorsorge

PVAG | DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON
Die Polizeiversicherung | Gewerkschaft der Polizei | SIGNAL IDUNA



Ob in Uniform oder Zivil – immer richtig geschützt.

Besondere Aufgaben verdienen einen besonderen Versicherungsschutz. Deshalb hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gemeinsam mit der SIGNAL IDUNA die Polizeiversicherung (PVAG) gegründet, DEN Spezialversicherer für den Polizeidienst.

Welche Versicherungen brauchen Polizisten?

Im Polizeidienst teilen sich die relevanten Versicherungen in zwei Kategorien: Pflichtversicherungen, die Du gesetzlich haben musst und wichtige, ergänzende Versicherungen, die wir für Deine Bedarfssituation empfehlen.

- Pflegepflichtversicherung
- Anwartschaftsversicherung
- Private Krankenversicherung für Beamte
- Dienstunfähigkeitsversicherung (DU)
- Diensthaftpflicht

Für Dich als
GdP-Mitglied
mit besonderen
Highlights.

Profiberatung in Deiner Nähe

Regionalleiter ÖD der
Organisationsdirektion Süd

Jürgen Rittel

Mies-van-der-Rohe-Str. 6

80807 München

Mobil 0160 7233808

juergen.rittel@signal-iduna.de

Alle Kontaktdaten
direkt hier für
Dein Handy:



PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON
Gewerkschaft der Polizei | SIGNAL IDUNA